

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindegemeinschaft des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse Amtsblatt

fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheinung jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - Gemeindevorstandsgirokassa Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 25) oder deren Raum 25 Pfg., örtliche Anzeigen 25 Pfg. Im Tagteil (Zm. Maße 17) 75 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. - Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 80 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Bis in alle Winkel der Welt...

Das im Weltkriege besiegte Deutschland hat nach seiner Einigung 43 Jahre den Frieden bewahrt und nur danach gestrebt, sich durch Fleiß, Tatkraft und Bildung wirtschaftlich in die Höhe zu arbeiten. Es trägt keine Schuld an dem ihm aufgezogenen Kriege. Es hat sich tapfer 4 1/2 Jahre gegen die ganze Welt zur Wehr gesetzt und ist nicht durch die Waffen besiegt worden. Im Vertrauen auf die angebliche Gerechtigkeitspolitik Wilsons hat es sich zu dessen „14 Punkten“ bekannt und damit eine Besiegung des Völkermörders erhofft. Deutschland wurde schande getrübt, denn man hob den Frieden immer weiter hinaus, hob die Hungerblockade nicht auf, erpreßte ohne jegliche Ritterlichkeit eine Schmach nach der anderen, gab die deutschen Gefangenen nicht heraus und ließ überall Macht vor Recht geben. Die Nachgiebigkeit Deutschlands ist schon so weit gediehen, daß bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen jede weitere Unterdrückung abgelehnt werden muß. Mögen die Gegner auch weiter Gewaltmittel anwenden, sie würden dadurch nur weiteres Material anhäufen gegen sich selbst. Ein jeder der 100 Millionen gedrückten Deutschen sollte es als seine heiligste Aufgabe betrachten, bis in alle Winkel der Welt das Verhalten seiner Gegner bekannt zu machen und seine Feinde moralisch zu brandmarkieren. Nachdem das deutsche Volk etwa zwei Millionen seiner Söhne durch die Kugeln seiner Feinde verloren hat, nachdem mehrere weitere Millionen ihr ganzes Leben lang an Körper und Geist durch den Krieg geschädigt wurden, nachdem die englische Hungerblockade ebenfalls Millionen unschuldiger Frauen, Kinder und Greise dahingeworfen hat, nachdem fast das ganze Nationalvermögen durch den Krieg zerstört wurde, sollte man auch noch die Mittel opfern, um in einer Anklageschrift in 50 Millionen Exemplaren in 25 Sprachen aller Welt die Wahrheit zu verkünden. Die einzelnen Kapitel könnten etwa die folgenden Überschriften tragen:

1. Der Handelskrieg Englands gegen Deutschland.
2. Die Raubjagd Frankreichs.
3. Die Herrschaft Russlands.
4. Die Vorbereitungen der Entente zur Vernichtung Deutschlands.
5. Die Treulosigkeit und der Vertragsbruch Italiens.
6. Die Beteiligung Belgiens an der Verschwörung gegen Deutschland.
7. Die Lügenpropaganda der Entente.
8. Die russischen Greuel in Ostpreußen.
9. Die französische Behandlung deutscher Kriegsgefangener.
10. Die Ruhestaten der deutschen Hoere gegen eine Welt von Feinden.
11. Der englische Hungerkrieg und die Verletzung des Völkerrechts.
12. Amerikas Geschäftsinteresse am Kriege.
13. Die Aufwiegelung der übrigen Länder durch die Entente.
14. Die Zerkleinerung in Deutschland durch bolschewistische Propaganda und englisches Gold.
15. Der Betrug Deutschlands auf Grundlage von Wilsons Friedensprogramm.
16. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen usw.

Diese 16 Kapitel in der richtigen Form dargelegt, müßten und würden die betörten Völker überzeugen, wie sie von englischen Geschäftsleuten, amerikanischen Spekulanten, französischen Chauvinisten, italienischen Treubruchern und polnischen Hehern an der Nase herumgeführt wurden. Sie werden erkennen, welches Unglück es für den Fortschritt der Menschheit bedeutet, daß man die fleißigen, gebildeten und sozial am meisten fortgeschrittenen Deutschen vernichten will, um dafür die Auslaugung durch englische Sklavenhändler, forumperte Franzosen und Amerikaner zu verschärfen. Die Erkenntnis der Wahrheit wird jene eigentlichen Urheber und Ausbeuter an den Bräutigam stellen in ihren eigenen Ländern selbst wie bei den Indern, Ägyptern, Iren, Persern, Griechen, Marokkanern, Cubanern, Philippinern. Freilich wird damit viel Unruhe erregt werden. Aber die Verantwortung dafür tragen die, die jetzt glauben, durch Ausnutzung unserer Ohnmacht Bebrüdung und Vernichtung eines ganzen Volkes durchzuführen zu können. Wollen sie dieses Unheil vermeiden, so mögen sie noch in letzter Stunde Barmherzigkeit annehmen und die Deutschen nicht zur Verzweiflung treiben.

Die Entente und Ungarn.

Die Revolution in Budapest hat, wie aus Paris gemeldet wird, auf die Konferenz wie eine kalte Dusche gewirkt. Sie hat verschiedene Leute aus dem Himmel ihrer Phantasie gestürzt und andere aus ihren kleinlichen egoistischen Ränken aufgeschreckt. Man begreift, daß man eine gemeinsame Front schließen muß, um die Aussicht auf den Frieden nicht zu verlieren. Selbst die Times übernehmen eine Auffassung des Londoner Observers, die die Ansicht äußert, daß ein raschschichtiges Ausweichen des Sieges immer auf Frankreich zurückfallen würde, besonders wenn man eine mangelhafte Regelung trifft, die den übten Grundrissen entspricht, die von den Verbündeten während des Krieges aufgestellt wurden. In diesem Falle müßte gegen den Kapitalismus eine noch geschlossener und erbittertere Bewegung losbrechen als dieses Mal.

Aus Paris wird gemeldet: Die Aussichten, daß die Amerikaner bald nach Amerika zurückkehren können, verschlechtern sich mehr und mehr. Neuerdings werden die amerikanischen Beschlüsse auch durch den Ausbruch der bolschewistischen Bewegung in Ungarn beeinflusst. Wilson erblickt seine Hauptaufgabe darin, die Demokratie dort zu retten. Es sei fraglich, ob die Verbündeten ihre Demobilisation ruhig durchführen können, da die Lage erstens sei als je. In Paris ist man in vielen Kreisen der Ansicht, daß nur durch die Polen eine Entscheidung erzielt werden kann. Es wurden bereits Vorschläge verbreitet, die polnische Division aus Frankreich sofort nach Polen zu überführen, damit auf diese Weise ein Bollwerk geschaffen werden kann, das Deutschland von den Bolschewisten trennt. Auch ist die Rede davon, englische Kanonenboote nach Budapest zu senden. Es besteht weiter die Möglichkeit, daß bei einem Ausbruch von Unruhen amerikanische Truppen zu deren Unterdrückung herangezogen werden.

Die Ereignisse in Ungarn sind auch für Rumänien nicht ohne Wirkung geblieben. In Bukarest herrscht Panik; im Innern des Landes nehmen das Elend und die Arbeitslosigkeit zu. Auch die Prager Regierung sieht mit schwerer Besorgnis der Zukunft entgegen; man rechnet in Regierungskreisen mit einem bewaffneten Widerstand der Ungarn. Dazu kommt noch die Haltung der tschechischen Sozialisten, die gegen eine weitere Kriegsführung entschieden protestieren und mit dem Generalstreik drohen. Das tschechische Pressebüro meldet aus Brest: Minister Schar hat infolge der Ereignisse in Ungarn das Ständrecht über die ganze Slovaek verhängt.

Beginn der Friedensverhandlungen.

Berlin, 25. März. (B. I. B.) Graf Bernstorff teilte in der heutigen Besprechung in der Geschäftsstelle des auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen mit, die feindlichen Regierungen hätten erucht, eine Kommission von 6 deutschen Finanzfachverständigen nach Paris zu senden, eine Demarche, die als Beginn der Friedensverhandlungen anzusehen sei.

Berlin, 26. März. (B. I. B.) Die deutsche Regierung wird die Mitglieder der nach Versailles zu entsendenden Finanzkommission sofort ernennen und dieselben für Donnerstag nach Weimar berufen, um ihnen die nötigen Instruktionen zu erteilen, so daß diese Finanzkommission bereits am Sonntag in Versailles ankomme.

Die ersten Lebensmittel dampfer.

Berlin, 25. März. (B. I. B.) Nach dem 18-Uhr-Abendblatt" lief der amerikanische Dampfer "West-Hallifax" heute nachmittags 2 Uhr im Hamburger Hafen ein und legte am Kaiserin Auguste-Viktoria Kai fest. Der Dampfer brachte 6000 To. Mehl und 1500 To. sonstige Lebensmittel.

7000 Tonnen reines Weizenmehl.

Berlin, 25. März. (B. I. B.) Der Dampfer "Rau-na" mit ungefähr 7000 To. reinen Weizenmehles an Bord wird voraussichtlich, wie der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover durch die amerikanische Kommission in Spaas gestern mitteilen ließ, am 27. d. M. in Hamburg ein treffen. Die Ladung ist für die deutsche Regierung bestimmt. Zur selben Zeit sollen auch zwei Frachtschiffe mit Lebensmitteln für die Tschechen in Hamburg ankommen. Der Preis des Weizenmehles werde, wie Hoover. ferner mit-

teilte, für Deutschland ebenso hoch bemessen sein, wie der Preis, der den Tschechoslowaken in Anrechnung gebracht werde. Die baldige Bezahlung der Ladung in der im Bräutigam festem Abkommen vorgesehenen Weise werde erwartet. Die sofortige Übergabe der Ware solle jedoch hierdurch nicht verzögert werden. Hoover ließ erklären, er rechne mit einer zufriedenstellenden Beförderung der für die Tschechen bestimmten Sendungen elaufwärts nach Prag. Wenn sich hierbei keine Schwierigkeiten ergäben und die deutschen Schiffe, sowie das Gold schnell geliefert würden, sollten weitere Sendungen nach Bremen und Stettin erwogen werden.

Weitere 6000 Tonnen Mehl.

Haag, 26. März. (B. I. B.) Der Haager Korrespondent des B. I. B. erklärt, daß laut Angaben der Norðern Selbst-Kommission morgen und übermorgen zwei Dampfer mit zusammen 6000 To. Mehl von Rotterdam nach Hamburg abfahren werde.

Lebensmittel aus Holland.

Haag, 26. März. (B. I. B.) Der Haager Korrespondent des B. I. B. meldet: Für die Lieferung von Lebensmitteln aus Holland kommen außer Kartoffeln noch getrocknete Kartoffeln, Hülsenfrüchte, kondensierte Milch, gefalzene Hammel- und Schweinefleisch, sowie Butter schon in nächster Zeit infrage. Außerdem werden über Holland und übersee Lebensmittel, insbesondere Fette und Öle zu beziehen sein.

Kleine politische Mitteilungen.

Die Kameruner Eingeborenen wollen bei Deutschland bleiben. Aus zuverlässiger spanischer Quelle wird berichtet, daß in Madrid aus Fernando Po eine Bittschrift von 117 Kameruner Häuptlingen eingegangen ist, in der diese auch namens ihrer Landschaften den König von Spanien bitten, für die Rückgabe Kameruns an Deutschland einzutreten. In dieser Bittschrift wird außerdem betont, daß die große Mehrzahl der Kameruner Eingeborenen sich mit dem Wunsche der 117 Häuptlinge identifiziere und nur aus Furcht vor der Rache der Engländer und Franzosen diesen Wunsch nicht zum Ausdruck zu bringen wagen. Diese Bittschrift, deren auch von einem Teil der spanischen Presse bereits Erwähnung getan ist, und zwar in befürwortendem Sinne, stellt einen neuen, bemerkenswerten und wertvollen Beweis für die Grundlosigkeit der Anklagen unserer Gegner über angeblich schlechte Behandlung der Eingeborenen dar.

Holländischer Vorschlag für Rohstoffzufuhr. In einer Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister Wiffel schlug der holländische Großkaufmann und Sozialist Vornat aus Amsterdam vor, um die im Interesse der deutschen Valuta erforderliche Einfuhrgenehmigung gegenstandslos zu machen, den deutschen Fabrikanten, insbesondere den Spinnereien, zu gestatten, schon jetzt ihre holländischen Rohstoffe zu erwerben und dort in Erwartung der bereits angeforderten Ausfuhrerlaubnis einlagern zu lassen. Soweit Barzahlung gefordert wird, soll sie in Mark in Deutschland geleistet werden. Diese Summe aber sollte nur als eine Art Pfand dienen, denn die Weiderausfuhr der Fertigwaren soll mindestens in dem Umfang erfolgen, daß dadurch der Preis der Rohstoffe gedeckt ist. Auf diese Weise würden alle Devisenschwierigkeiten und sonstige Schwierigkeiten vermieden werden, da es sich nicht eigentlich um Kauf und Verkauf, sondern um eine Art Lohnarbeit im Veredelungsverkehr handelt. Reichswirtschaftsminister Wiffel stimmte diesen Vorschlägen daher zu. Wegen der Herbeiführung der Erlaubnis wird sich die deutsche Sozialdemokratie an die holländische Sozialdemokratie wenden.

Schwerer japanisch-amerikanischer Zwischenfall in Tientsin. Über den japanisch-amerikanischen Zusammenstoß in Tientsin, über den die Presse bisher sehr wenig durchlief, wird den "Times" aus Peking gemeldet: Am 12. März fanden in Tientsin mehrere Zusammenstöße statt zwischen japanischen und amerikanischen Soldaten, die am nächsten Tage ihren Bispelpunkt erreichten, als die amerikanischen Matrosen den japanischen Konsul angriffen, der ernstlich verletzt wurde. Der Zwist entstand in der japanischen Konzeption, wo die japanische Polizei nicht die Macht hatte, die Amerikaner zu vertreiben und deshalb japanische Soldaten zu Hilfe rief, welche die Amerikaner hinauswarfen. Am näch-

Städtische Bekanntmachungen.

Vermietung an Auswärtige. Bei der außerordentlich bedrohlichen Wohnungsnot, die in unserer Stadt herrscht, wird hiermit angeordnet, daß vom 27. März 1919 an im Bereiche der Stadt das Vermieten von Wohnungen und sonstigen Räumen an Personen, die von auswärts zuziehen, nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes erfolgen darf. Auf diese Genehmigung ist nur in den dringendsten Fällen zu rechnen.

Vermieter, die ohne Genehmigung des Mieteinigungsamtes an Auswärtige vermieten, machen sich für allen Schaden haftbar, der aus der Zuwiderhandlung entsteht.

Bischofswerda, am 26. März 1919.

Der Rat der Stadt, Mieteinigungsamt.

Bellefierung der Kotsausweise 414—431 am 28. März in der Besanhsalt.

Der Rat der Stadt.

iten Tage zogen amerikanische Soldaten, die keinen Dienst hatten, nach der japanischen Konfession und schlugen jeden Japaner, dem sie begegneten, nieder. Schließlich drangen sie in das japanische Konsulat ein, wo sie den Konsulat mißhandelten.

Sächsische Volkskammer.

Dresden, 25. März. Die Aussprache über die Regierungserklärungen wird fortgesetzt.

Abg. Bäcker (Deutsche Sp.): Die Einrichtung einer Staatsanleihe begrüßen wir. Die Vertretung Sachsens auf der Friedenskonferenz durch einen Sachverständigen des Kaufmannhandels genügt nicht. Wir hätten vor allem einen Sachverständigen der Textilindustrie erwartet. Notwendig ist, daß die Regierung dafür sorgt, daß unsere Exportindustrie künftig überall in der Welt geeignete Sachverständige hat. Der Reichsfinanzminister hat die Einkommensteuer in einer Weise für das Reich in Anspruch genommen, daß für die Einzelstaaten nur ein bestimmter Höchstprozentsatz übrig bleibt. Vor einer derartigen Beschränkung muß ernstlich gewarnt werden. Die Auseinandersetzung mit unserem Königshause darf nicht kleinlich erfolgen. Denn es muß auch anerkannt werden, welche Wohlthaten das sächsische Volk unter den Wettinern erfahren hat. Leider findet die Regierung noch immer kein Wort für unseren notleidenden Mittelstand. Was die Sozialisierung betrifft, so darf sie nur schrittweise und in geeigneten Fällen erfolgen. Die Bildung der Regierung ist nicht nach demokratischen Grundätzen erfolgt. Wir erkennen aber an, daß die Sachlage gegenwärtig so eigenartig und schwierig war, daß wir uns mit dieser Verletzung des demokratischen Prinzips abgefunden haben unter der Voraussetzung, daß es sich nur um einen vorübergehenden Zustand handeln kann. Die Gefahr des Bolschewismus ist nicht zu unterschätzen. Der Bolschewismus bedroht Deutschland von allen Seiten. Wir stehen vor dem Friedensschlusse, der das Schicksal Deutschlands bis auf Jahrzehnte hinaus bestimmen soll. Von der Festigkeit und Geschicklichkeit unserer Unterhändler wird es abhängen, ob das deutsche Volk die nächsten Jahrzehnte als Sklave der Entente verbringt oder als ein, wenn auch schwertretendes, so doch freies und auf eine bessere Zukunft hoffendes Volk. Wir haben uns mit dem Waffenstillstand nicht auf Gnade und Ungnade unseren Feinde ergeben, sondern ausdrücklich unter Bezugnahme auf die 14 Punkte Wilsons. Daran müssen wir festhalten, um die moralische Kraft unserer Unterhändler und der Regierung zu stärken.

Ministerpräsident Dr. Stadnauer erklärt dem Redner gegenüber, die Regierung bemühe sich seit Monaten darum, die Vertretung der sächsischen Interessen bei der Reichsleitung in möglichst umfassendem Maße zu erreichen. Der Auslandsdienst Deutschlands müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden bei der die Interessen der Einzelstaaten besser zum Ausdruck kommen. Darum streben wir danach, daß in Zukunft sächsische Wirtschaftsachverständige den Reichsstellen im Zustande beigegeben werden. Wir haben auch den dringenden Wunsch geäußert, bei den Friedensverhandlungen hinreichend beteiligt zu sein und bemühen uns, auch einen besonderen Vertreter der Textilindustrie und der sächsischen Arbeiterschaft in die Friedenskonferenz zu bekommen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Seit fünf Monaten wartet das deutsche Volk auf den Frieden. Wir haben den Waffenstillstand geschlossen unter der ausdrücklichen Erklärung, daß der Friede geschlossen werden darf allein auf der Grundlage der bekannten Vorkämpfe des Präsidenten Wilson. Angesichts der jetzigen Wertschätzung von Recht und Gerechtigkeit seitens unserer Feinde ist es kein Wunder, daß überall in Deutschland die heißen Flammen der Empörung emporlodern. Wir erheben feierlichst Einspruch gegen jede Vergewaltigung Deutschlands.

Abg. Dr. Kraft (Dem.) spricht über gesundes Volk, gesundes Recht, gesunde Kultur und gesunde Wirtschaft. Er fordert zur Bekämpfung der Seuchen hygienische Maßnahmen, Ausbau der Wohlfahrtspflege usw., ferner Unterstützung der Landwirtschaft und kommt dann auf die allgemeine Sozialisierung zu sprechen, die gegenwärtig nicht durchführbar sei, wenn unser Wirtschaftsleben nicht in einem Abgrund geraten soll.

Abg. Fleißner (Unabh.): Die Arbeiterklasse kann nicht zugeben, daß durch die Revolution schon alles erreicht worden sei, was im Interesse der Arbeiter notwendig ist. Der politischen Revolution muß die soziale Revolution folgen.

Abg. Ohlig (Deutschn.) Wir erwarten von der Regierung Festigkeit, daß sie das richtig erkannte schließlich auch gegen den Willen der Massen durchzusetzen vermag. Das Regierungsprogramm leide unter der Schwäche politischer Einseitigkeit und Anglisterei. Redner kommt auf die Sozialisierung zu sprechen und lehnt die allgemeine Sozialisierung ab. Eines der Mittel, uns zu retten, wäre die Ausbildung unserer Erfindergabe und Erfindungsgeist, die hauptsächlich auf die ganze Welt wirken könnte und bestimmt wäre, neue Exportindustrien zu schaffen. Wir lehnen das Sozialisierungsamt und die Betriebsräte ab. Wir unterstützen das Wohnungsamt zur Beschaffung billigen Wohnraumes. Wir verlangen Bewegungsfreiheit für Handel und Gewerbe im In- und Auslande. Die Metallindustrie Sachsens sollte bei der Friedenskonferenz einen Vertreter

haben, denn diese Industrie wird zuerst in der Lage sein, die größten Ausfuhrwerte zu schaffen, denn sie hat den Vorteil, den größten Teil ihrer Rohstoffe im Lande zu besitzen. Redner gebietet zum Schluß der Aussprache des Reichstages am 1. April und dankt den Herren die für des Vaterlandes Größe ihr Herzblut dahingegen haben.

Damit schließt für heute die Aussprache. Fortsetzung derselben Mittwoch nachmittags 1 Uhr. Schluß 1/7 Uhr.

Die Sozialisierungskonferenz.

Das Ergebnis der Konferenz, die, wie bereits mitgeteilt, in der vorigen Woche in Dresden abgehalten wurde und die sich in nahezu sechsstündiger Verhandlung mit dem Sozialisierungsproblem beschäftigte, leitete Ministerpräsident Dr. Stadnauer am Schluß der Verhandlungen dahin zusammen, daß er erklärte, es dürften manche Mißverständnisse durch die Aussprache beseitigt sein. Wenn die Regierung ihrerseits auch der Sachlichkeit der Ausführungen manche Anregung gewonnen habe, so möchte er wünschen, daß die Herren erkennen, daß der gute Wille vorhanden ist, das mögliche in der Sozialisierung zu tun. Er gäbe ihnen das Versprechen, daß die gegenwärtige sächsische Regierung sich weise ernsthaft mit den einzelnen Momenten beschäftigen werde, die zum Vortrag gebracht worden sind. Im Mittelpunkt der Beratung standen die Ausführungen des Herrn Dr. Reusatz, der seinen bekannten Wirtschaftsplan im Anschluß an den Entwurf des Genossen Kranold über die Sozialisierung in Sachsen eingehend begründete. Von großem Interesse war, was u. a. Wirtschaftsminister Schwarz zu den Neurrath'schen Ausführungen, die in ihrem Radikalismus mehrfach scharfe Entgegnung fanden, äußerte.

Wirtschaftsminister Schwarz

„Meine Herren! Gegen die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes wird niemand Bedenken haben, auch nicht gegen ein Zentral-Wirtschaftsamt. Wir müssen aber in bescheidenem Maße mit der Sozialisierung anfangen, da wir genau wissen, wie es mit unseren Finanzen bestellt ist. Das Zentral-Wirtschaftsamt müßte sich aus den bestehenden Bedürfnissen heraus entwickeln und vergrößern, aber es kann nicht von vornherein in großen Ausmaßen geschaffen werden. Insofern sind wir uns einig, daß innerhalb Sachsens die Sozialisierungsfrage planmäßig zu fördern ist; einen Stillstand darf es nicht geben. Herr Neurrath vertritt aber eine ganz andere Auffassung ist eine solche, die mit einer Welt rechnet, die aus Sozialisten besteht. Wir haben aber noch keine sozialistische Gesamtbevölkerung. Auch der sozialistische Einfluß ist zurzeit noch nicht so groß wie Dr. Neurrath annimmt. Alle diese Ideale sind zu verwirklichen, wenn wir mit einer anders gearteten Menschheit zu rechnen haben, als sie heute ist. Ich kann dem Vorschlag nicht zustimmen, daß die Kreise der Unternehmer, wenn sie nicht mitarbeiten, einfach außerhalb jeder Bezüge gesetzt werden. Wie nun, Herr Dr. Neurrath, wenn die Unternehmerränge zunächst einmal auf jede Duote verzichten, in der vollen Erkenntnis, daß wir auf diese Herren überhaupt nicht verzichten können? So reißt die deutsche Arbeiterbewegung noch nicht, daß sie alle die Kräfte ersehen kann, die man glaubt, mit einem Federstrich beseitigen zu können. Dem Räteystem in wirtschaftlicher Beziehung gewinne ich etwas mehr Bescheid ab. Ich glaube auch nicht, daß wir ohne Räteystem im wirtschaftlichen Leben auskommen werden. Ich unterstütze die Bestrebungen, daß die Wirtschafts- oder Betriebsräte verstanden sollen, in allen geschäftlichen Angelegenheiten volle Klarheit zu schaffen. Aber ich spreche grundsätzlich den Betriebsräten das Vorkaufsrecht ab. Gegenwärtig müßte ich dringend davor warnen, daß man glaubt, bereits auf Kräfte rechnen zu können, die in der Lage sind, das Unternehmertum zu ersetzen. Die Initiative in der deutschen Industrie ist bis heute vornehmlich von den Unternehmern ausgegangen. Im jetzigen Stadium der deutschen Arbeiterschaft zu sagen, daß wir durch die Sozialisierung eine bessere Kulturstufe bieten, ist nur ein Beruhigungsmittel für das Volk. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes wird unter allen Umständen schlechter sein als vor dem Kriege. Die Zeiten der Gewinne und Dividenden sind endgültig vorüber, die Finanzlage des Deutschen Reiches ist es nicht zu, daß verschiedene Klassen oder Stände sich bereichern in dem Sinne, wie es früher geschehen ist. Dazu sind wir zu sehr verurteilt. Innerhalb Sachsens brauchen wir eine Statistik, die uns die Möglichkeit gibt, dort einzugreifen, wo die Vorbedingungen gegeben sind. Aber in acht bis zehn Wochen ist eine solche Statistik nicht zu beschaffen. Hierzu möchte ich empfehlen, ein Preisausschreiben zu veranstalten, um zunächst überhaupt erst Formulare zu erhalten, die für die Herausgabe einer Statistik notwendig sind. Daß der Sozialisierungsgedanke von vielen durchaus nicht so fremd aufgenommen wird, darüber wollen wir uns klar sein. Doch es viele Unternehmer geben mag, die dem Sozialisierungsgedanken nicht mehr abhold gegenüberstehen, ist mir begrifflich. Wir hatten immer Unternehmer, die der Mitarbeit der Arbeiter auf demokratischer Grundlage das Wort geredet haben. Lassen Sie meine Ausführungen nicht dahin auf, als wollten wir der Sozialisierung Schwierigkeiten bereiten. Wir haben zu untersuchen, was zurzeit möglich ist durchzuführen, und was späterer Zeit überlassen werden muß. Man kann auch von unten heraus sozialisieren. Wir dürfen der Arbeiterschaft keine übertriebenen Hoffnungen auf die Wirkungen der Sozialisierung machen.“

Auch vom 103.

Abgeordneten Hu wurden verschiedene Bedenken gegen die Neurrath'schen Darlegungen vorgebracht. U. a. führte dieser aus:

„Ich glaube, wir haben einen großen Fehler gemacht bei der Erziehung unserer Genossen. Wir haben vielfach die Unternehmertätigkeit zu sehr unterdrückt. Wenn sich meinetwegen Stinnes der sozialistischen Bewegung zur Verfügung stellen würde, so wäre das ein ungeheurer Vorteil. Doch diese Leute uns unfeindlich gesinnt sind, kommt von der Überstürzung der Maßnahmen zur Sozialisierung. Wir haben in unseren Kreisen im allgemeinen die geringe Arbeit viel zu wenig gewürdigt. Wenn Sie glauben, daß die leitenden Männer der Industrie sich bereit erklären, in der jetzigen Zeit unter dem Druck einer Bewegung, die an den persönlichen Rechten dieser Men-

schen vorübergegangen ist, mit uns zu arbeiten, so sind Sie gewichtig auf dem Holzweg. Wenn Sie die Sozialisierung durchzuführen wollen, dann dürfen Sie nicht annehmen, daß wir in unseren Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Kräfte hätten, die auch nur teilweise die Sozialisierung durchzuführen könnten. Ich möchte Sie in dieser Beziehung vor Optimismus warnen. Im Anschluß an die sozialistischen Urkunden hat sich eine Antipathie gegen die Sozialisierung entwickelt, die ganz unbefriedigend ist.“

Sowohl aus den Ausführungen des Wirtschaftsministers Schwarz als des Abgeordneten Hu ergibt die Befürchtung vor übertriebenen Sozialisierungsmaßnahmen heraus. Von einer richtigen Erkenntnis der wirtschaftlichen Kräfte zeugt es auch, wenn Wirtschaftsminister Schwarz es als ein Beruhigungsmittel für das Volk bezeichnet, im jetzigen Stadium der deutschen Arbeiterschaft zu sagen, daß man ihr durch die Sozialisierung eine bessere Kulturstufe biete, und wenn er vor übertriebenen Hoffnungen auf die Wirkungen der Sozialisierung warnt. Besonders sympathisch berührt die hohe Wertung, die sowohl er wie der Abgeordnete Hu der Bedeutung des Unternehmertums für die deutsche Wirtschaft angedeihen lassen, und die Feststellung, daß es einer Unterschätzung der Unternehmertätigkeit bedauern würde, wenn man glaubte, die hier wirkenden Kräfte ohne weiteres erlegen zu können.

Bayern auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus.

München, 25. März. (W. I. B.) Nach amtlicher Meldung der Korrespondenz Hoffmann hat die bayerische Regierung nach den Grundzügen des Entwurfes Kranold-Reurrath-Schumann, nachdem der Sozialisierungsaußschuß des Landtages ihre Pläne nach längerer Aussprache einstimmig gebilligt hatte, im Einklang mit den Wünschen des Zentralrats die sofortige Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes verfügt und Dr. Otto Neurrath zum Leiter dieses Amtes mit außerordentlicher Vollmacht zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Solidarisismus in Bayern in Aussicht genommen.

Die Antwort Sachsens an Bayern.

Dresden, 25. März. (W. S. L.) Der Ministerpräsident Dr. Stadnauer hat an den bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Von dortigen Zentralrat erzielten wir vor kurzem die Aufforderung zu Besprechungen zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierungsfrage. Wir glauben, daß im Staatsauschluß die richtige Stelle ist, an der sich die Regierungsberechtigten der Einzelstaaten auch über die Sozialisierungsfrage ausprechen und gegebenenfalls Einwirkung auf die Reichsleitung ausüben können. Hiermit soll jedoch nicht erklärt sein, daß wir es durchaus ablehnen wollten, mit Vertretern des Zentralrats, sofern dieser nicht in Widerspruch zur bayerischen Regierung handelt, debattieren, aber unerbittliche Besprechungen abzuhalten. Die Bedeutung der Sozialisierungsfrage wollen wir keineswegs vernachlässigen. Wir sind bereit, die Angelegenheit auszusprechen und verbindlich können aber nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden.“

Zur Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen wird durch zwei Ziffern gekennzeichnet: Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger stieg von 163 000 Mitte Januar auf 234 000 Mitte Februar. Sachsen hat damit die höchste Erwerbslosenziffer im Reich nach Groß-Berlin. Allerdings muß bei den sächsischen Ziffern berücksichtigt werden, daß darin ein erheblicher Teil von Unterstützungsempfängern, besonders der Textilindustrie, enthalten ist, die nur teilweise erwerbslos sind. Nur aus der Einbeziehung dieser Textilerstützungsempfänger in die Erwerbslosenziffern läßt es sich z. B. erklären, daß im Bezirk der Amtshauptmannschaft Löbau, die 1910 eine Bevölkerung von rund 107 000 hatte, 23 000 Erwerbslosenunterstützungsempfänger gezählt wurden. Für die Zunahme der Erwerbslosen vom Januar zum Februar sind die Textilerstützungsempfänger indes von geringerer Bedeutung. In dem Bezirk von rund 70 000 dürften ausschließlich Bollerwerbslose enthalten sein. Im wesentlichen handelt es sich um Kriegsteilnehmer, die keine Stellen finden konnten, ferner um aus der Rüstungsindustrie entlassene Arbeiter und Arbeiterinnen und um solche Arbeitskräfte, die wegen Kohlen- und Rohstoffmangel die Arbeit einstellen mußten. Am stärksten sind natürlich von der Arbeitslosigkeit die Großstädte betroffen. In den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen wurden Ende Februar über 100 000 Erwerbslose gezählt. Das Stellenangebot war ganz schwach. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen der genannten Städte waren nur 15 000 offene Stellen gemeldet, von denen 12 500 besetzt wurden.

Solange die Kohlenzufuhr sich nicht bessert, ist ein Abflauen der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten. Arbeitermangel ist bei den Kohlenwerken nicht mehr vorhanden. Die Kohlengruben in Sachsen und den angrenzenden preussischen Bezirken sind zurzeit mit Arbeitern voll versorgt. Unter dem Kohlenmangel leidet die gesamte Industrie. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie würde sofort stärker werden, wenn der Kohlenmangel behoben wäre. Darum muß gegenwärtig die erste Sorge sein, daß die Arbeit in den Kohlenwerken ihren ruhigen Fortgang nimmt und die Leistungen stetig gesteigert werden. Dann wird auch die Industrie, soweit sie ihre Rohstoffe aus dem Inlande deckt, wieder in Gang kommen. Eine Belebung der verschiedensten Industrien ist vor allen Dingen zu erwarten, wenn für das Baugewerbe Ziegel in größeren Mengen geliefert werden können; die Ziegelfrage ist aber gleichfalls eine Kohlenfrage.

Aufhebung der Eier-Rationierung.

Berlin, 25. März. Die von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist beschlossen, den Verkehr im Verbrauch von Inlandseiern zum 1. April freizugeben. Sechste Erfahrungen, die mit der Eröffnung der Eiermärkte worden sind, waren die Ursache zu dieser Maßnahme. Andererseits sollen die Wünsche der Landbevölkerung in der Hinsicht erfüllt werden. Unter gewissen Voraussetzungen ist die Möglichkeit gegeben, daß einzelne Landes-

Hotel Goldene Sonne.

Sonnabend, den 29. März:

Tanz-Kränzchen
 ehemaliger Schüler u. Schülerinnen der Paul Viehoff'schen Tanzschule von Bischofswerda u. Umgegend.
 NB. Zutritt haben nur Schüler und deren Angehörige.

Bischofswerda - Hotel König Albert.
 Donnerstag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr:
 Gastspiel d. I. Dresdner Operett-Gesellschaft. (Personen.)
 Direktion: Fritz Richard u. H. Fr. Littel.
 Repertoirstück des Zentraltheaters in Dresden.
 Am Metropoltheater Berlin der größte Erfolg seit langen Jahren.
Unter Mitwirkung der Stadtkapelle!
Die Faschingsfee
 Operette in 3 Akten v. Dr. Wilner u. Rud. Hertzfelder.
 Musik von Emmerich Kálmán.
 Jede Gesangsnummer ein Schlager! Musikal. Leitung: Kapellmeister Schulze-Beckendorfer von der Oper in Dresden. — Die Tänze sind einstudiert von Ballettmstr. Gasser, Residenztheater Dresden.
 Karten im Vorverkauf bei Bruno Grafe, am Markt. Sperrpl. (num.) M. 2.25, 1. Platz 1.50, 2. Platz 1.— An der Abendkasse M. 2.50, 1.75 u. 1.20.

Uhren-Reparatur-Werkstatt.
 Alle Reparaturen an Taschenuhren, Regulatoren, Wand- und Wanduhren, werden gut u. prompt ausgeführt.
H. Hartnack, Uhrmacher,
 Bischofswerda, Gr. Löpferg. 1, 1 Tr. Ecke Altmarkt

Ich erhielt Telephon-Anschluss
Amt Bischofswerda Nr. 43.
 Dr. Kubitz, prakt. Demitz-Thumitz.

- Sparkasse Großharthau. -
Zeichnungsstelle zur
Sächs. Staatsanleihe.

Junge Leute zur Ausbildung als
Steinmehrer u. Pflastersteinschläger
 bei sofortigem Verdienst in unseren betriebenen Kanäl, Ratschen und Klostergesucht.
Carl Sparmann & Co.
 G. m. b. H.
 Granitwerke Demitz-Thumitz.

Schneidemüller,
 guter Sägescharfer und zuverlässig für dauernd gesucht. Wohnung, auch für Verheiratete ist vorhanden.
Paul Schmeller, Säge- u. Hobelwerk Velsdorf, bei Bischofswerda i. Sa.

Kaufe Ziegen
 alle Sorten, sowie Meckel zum höchsten Tagespreis.
Paul Schreiber, Schmolln 58c.
 Kleintierhandlung.
 Postkarte genügt.

Warnung!

Alles Sammeln von Holz, sowie überhaupt das Betreten unserer Waldungen ist wegen wiederholten Diebstählen und verübten groben Unfuges

streng verboten.
 Zuwiderhandelnde werden unnachlässiglich zur Anzeige gebracht.
 Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich.
Ober-Burkau,
 am 25 März 1919.
Olem. Kühn, Ortsbesitzer,
Mar. Michel, Ortsbesitzer.
 Verloren wurde am Sonntag von Burkau nach Uhlst ein **Seidenbeutel** mit Inhalt. Gegen gute Belohnung abzugeben in **Uhlst Nr. 3.**

Verloren
 wurde gestern von einem Dienstmädchen ein **Portemonnaie** mit Inhalt.
 Man bittet dasselbe gegen Belohnung in der Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben.
Kinder-Belagerten,
 jacobson, weißes Futter, von Albert- bis Ramenzer Str. 35 verloren. Gegen Belohnung abzugeben **Albertstraße 1, I.**

Heirat.
 39 Mann, nicht unbemittelt, schuldlos, geschied., sucht die Bekanntschaft eines Mädchens oder Witwe, 25—32 J. alt, wenn möglich vom Lande, abspät. Heirat. Off. u. S. R. 50 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. Anonym zwecklos.

Geübte Weber
 auf schwere Ware sofort gesucht.
Max Sommer,
 Wilthen.

Ein Schneider-Lehrmädchen
 für sofort gesucht.
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Haus- und Küchenmädchen, auch zum G. Bedienen, **Mädde** sucht bei hohem Lohn
Frau Mina Leuner.
 Gesucht wird zum 1. April ein älteres, selbständiges

Mädchen
 für Landwirtschaft.
Gasthof Steinigtalwäldchen.

Kraft. Ostermädchen
 gesucht in 2-Personen-Haushalt. Am liebsten solches, das schon Erfahrung gehabt. Off. erbeten an **Frau Zacher,** Dresden, Glaswaldstr. 28 II.

Gut
 oder mittlere Wirtschaft zu kaufen gesucht. Schriftliche Angebote unter **P. D. G.** in die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Öffentliche Versammlung

Freitag, 28. März, abends 8 Uhr, im Fremdenhof „König Albert“, Bischofswerda.

„Der Kampf Deutsch-Böhmens um seine Freiheit.“

Redner: Regierungsrat **Härthel,** Reichenberg, Böhmen.
Freie Aussprache.

Deutsche demokratische Partei.
 Ortsgruppe Bischofswerda
 Stadt und Land.

Zahnarzt

sucht für baldigst eine **4-6-Zimmer-Wohnung** mit Zubehör, Gas und elektr. Licht. Angebote erbitte an **Schugut Anskowitz,** Post Uhlst I. Sa.

Sommerfrische.

Von Anfang Juni bis Mitte Juli wird bei einem **Outsbeitzer** in waldreicher Gegend ein **Zimmer** mit 2 Betten gegen hohe Bezahlung gesucht.
 Angebote unter **„S. F.“** an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche ein in der Töpferei erfahrenes

Mädchen zum Malen und Spaten. Kost und Wohnung im Hause.
Reinhold Bartisch,
 Löpferel,
 Neuborf b. Reichwitz, Sa.

Ein Paar neue **Kinderschuhe,** Größe 26, gegen Bezahlung zu verkaufen. Offerten unter **„Schuhe“** in die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Altpapier,

Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Kontobücher, Akten, Geschäftspapiere,
 (unter Nachweis der Vernichtung), **kaufen zu höchsten Marktpreisen** in unserem Auftrag
Bertold Eisenbeiß & Sohn, Bischofswerda am Güterbahnhof, Fernsprecher 75, u. nimmt für groß. Posten Bestellungen u. Abholung an.
Neben-Annahmestellen:
Rag Paul in Burkau,
Ed. Kiere in Großharthau.
Papierverwertungs-Gesellschaft M. L. H., Dresden.
 Rohstoff-Einkaufsgesellschaft sächs. Papierfabriken. Mitglied des Kriegs-Ausschusses für Sammel- und Helferdienst, Berlin.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten wertvollen Geschenke, Glückwünsche und Ehrungen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten von nah und fern sowie dem Militärverein unseren
aufrichtigsten Dank.
 Demitz-Thumitz, im März 1919.
Karl Teichert u. Frau.

Nachdem wir meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau
Anna Bertha Lehmann
 geb. Gnauck
 zur letzten Ruhe gebettet haben, ist es uns Herzensbedürfnis, hierdurch allen für die Beweise liebevoller Anteilnahme unsern
herzlichsten Dank
 anzusprechen.
 Besonderen Dank Herrn Pfarrer Hennig für seine Tröstungen am Grabe u. in der Kirche u. Herrn Oberlehrer Gelbke mit seinem Schülerchor für die erhebenden Trauergesänge. Ferner herzlichsten Dank dem Mil.-Verein für sein bereitwilliges Tragen, sowie allen lieben Verwandten, Hausgenossen, Nachbarn, Freunden u. Bekannten für den überaus reichen Blumenschmuck, das Brennen des Kronleuchters und die Begleitung zur letzten Ruhestätte.
 Dies alles hat unsern wunden Herzen so wohlgetan. Dir aber, geliebte Bertha, rufen wir ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.
 Und wenn uns auch bricht das blutende Herz, Wir müssen ertragen den furchtbaren Schmerz, Du starbst so früh und wirst so schwer vermisst, Du warst so herzensgut, daß man Dich nie vergißt.
 In tiefstem Schmerz
Goldbach,
 am 24. März 1919.
Familie Max Lehmann,
 zugleich im Namen aller tieftrauernd Hinterbliebenen.

Nationalversammlung.

Belmer, 25. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung gegen 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen.

Abg. Dr. Kieße (D. Abg.) führt Beschwerde über Verweigerung deutscher Zeitungen in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden. Regierungskommissar Dr. Hünemler: Die Presse der Pfalz wird fortgesetzt schmächtig getrieben und vergewaltigt, um die Bewohner der Pfalz dem Reiche zu entfremden. Die Regierung aber gewährt keinen Augenblick an der Reichstreue der Pfälzer. — Abg. Kuhnert (Unabh.) behauptet, daß die Truppen des Generals Werder in Halle Unmenschlichkeiten und Ausschreitungen begangen hätten. — Major Giffa sagt energisches Eingreifen gegen etwaige Schuldige zu. — Abg. Haase (Unabh.) fragt nach den gesetzlichen Grundlagen des Erlases des Reichswehrministers über das Standrecht, worauf Major Giffa erklärt, daß dieser Erlaß wieder aufgehoben worden wäre. Abg. Haase (Unabh.) fragt nach den Gründen des Verbotes der Zeitungen „Freiheit“ und „Republik“. Major Giffa: Die Zeitungen hätten in gemeingefährlicher Weise auf die ohnehin erregte Stimmung der Berliner Bevölkerung eingewirkt und wurden deshalb verboten.

Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen folgte die Interpellation Gröber (Zentr.), v. Payer (Demokrat) und Gen. betr. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden, sowie die Interpellation Krußadt (Deutschnat.) und Gen. betr. Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe.

Abg. Weglich (Deutschnat.) begründet die Interpellation Arnstadt: Wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten wollen, so müssen wir vor allen Dingen die kleinen und mittleren Betriebe wieder in den Sattel heben. Dazu gehört die Einräumung ausreichender Kredite, die Beschaffung von Rohstoffen und die Förderung des Genossenschaftswesens. Freilich, was nützen alle diese Maßnahmen, wenn die Regierung auf und davon ist, durch Sozialisierungsversuche die selbständigen Betriebe zu zertrümmern. In allen den Mittelstand betreffenden Fragen müssen alle zuständigen Instanzen gehört werden. Von der Regierung wird die Gemeinwirtschaft in einer Weise propagiert, die den Untergang der selbständigen Kreise des Mittelstandes bedeutet. Im Ausland tut man das gerade Gegenteil und schenkt über den Sozialisierungssturm, der letzten Endes Deutschland vom Weltmarkt ausschalten wird.

Zur Begründung der Interpellation Gröber erklärt Abgeordneter Jell (Zentr.): Durch die Revolution und die Sozialisierungsversuche haben sich die Aussichten für Handwerk und Gewerbe verschlechtert. Für das Handwerk ist die Zuteilung von Rohstoffen besonders notwendig. Beim Reichswirtschaftsrat und Reichsarbeitsrat müssen besondere Stellen mit dem nötigen Einfluß geschaffen werden, um

den Bedürfnissen von Handwerk und Kleinindustrie Rechnung zu tragen. Das selbständige Handwerk darf nicht länger von der Regierung als Nebenprodukt behandelt werden. Vor allem muß dem Handwerk und Kleinindustrie die Kreditbeschaffung erleichtert werden durch staatliche Förderung der Kreditgenossenschaften.

In Beantwortung der Interpellationen erklärte Reichswirtschaftsminister Wiffel: Die Wirkungen des Krieges greifen tief in unser Wirtschaftsleben ein. Da ist es unmöglich, den Zustand von 1914 wieder herzustellen und jeden einzelnen Betrieb in seine frühere Wirtschaftsgeltung wieder einzusetzen. Das Reich, die Gliedstaaten und die Gemeinden haben durch schleunige Aufträge an Industrie und Handwerk über den toten Punkt hinwegzubringen versucht. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat Aufträge von rund 2 Milliarden Mark begeben, die Reichspostverwaltung im Werte von einer Viertelmilliarde. Im Reichswirtschaftsministerium wurde der Plan entworfen, mit einem Fonds von mehreren Milliarden zum größten Teil Aufträge an das deutsche Wirtschaftsleben zu geben und zwar auch für solche Zwecke, für die das Reich selbst keinen Bedarf hat. Aber leider hat die außerordentlich gespannte Finanzlage des Reiches diesen Gedanken nicht im vollen Umfange verwirklichen lassen, doch ist im Demobilisierungsamt eine Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen errichtet worden mit 200 Millionen Mark. Das Handwerk ist davon nicht ausgeschlossen. Es kann durch seine Organisationen diese Kasse auch in Anspruch nehmen. Für die Belieferung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmitteln ist gesorgt und hierbei wird das organisierte Handwerk selbst mitwirken. Der Großhandel wird auch nach dem Frieden mit Beschränkungen rechnen müssen. Der derzeitigen Notlage zahlreicher Kleinwerbetreibender und Handwerker abzuwehren, ist außerordentlich schwer, solange nicht die Gütererzeugung wesentlich gesteigert werden kann. Nur wenn wir aus der Resignation erwachen, werden wir tatkräftig unser Schicksal in die Hand nehmen können.

Abg. Brühne (Soz.): Viele Tausende von Kleinwerbetreibenden, die aus dem Kriege zurückgekehrt sind, stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Wir wollen alles tun, um ihnen zu helfen. Es wird Jahrzehnte dauern, bis sich wieder junge Leute zur Lehre melden werden. Bei den bevorstehenden Jällen muß das Handwerk möglichst geschützt werden.

Das Haus vertagt hierauf die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr. Außerdem Wahlprüfungen und keine Anfragen. Schluß gegen 7 Uhr.

Weshalb die Entente Odesa räumte.

Einen neuen Beweis für die großen Fortschritte, die der Bolschewismus in allen Teilen der Welt macht, liefern die Ereignisse, die sich bei Odesa abgespielt haben. Die plötzliche Räumung der Stadt durch die Ententetruppen, ist laut Petersburger Nachrichten, auf das Auftreten bolschewistischer Stimmungen und Unruhen unter den Ententetruppen zurückzuführen. Petersburger Funkenprüche sprechen die sichere Erwartung aus, daß die Odesa besetzt haltenden französischen Truppen den Bolschewisten bei der Eroberung der Stadt keine Hindernisse in den Weg legen werden und entwerfen von dem Zustande und Geiste dieser Truppen ein sehr trauriges Bild. Danach sind die Truppen vollständig demoralisiert. Die Soldaten verkaufen ihre Uniformen und Ausrüstungsstücke und haben täglich Zusammenkünfte mit ihren Offizieren. Alle Abende singen französische Soldaten und Matrosen in den Wirtschaften die Internationale, kürzlich fand auf dem Kreuzer „Justice“ eine Mannschottsversammlung unter Hinzuziehung von Offizieren statt, auf der die Redner lebhaft die Politik der französischen Regierung, die sich in innere russische Angelegenheiten mische, ablehnten und die sofortige Räumung Odesas verlangten. Die Arresthäuser sind mit verhafteten Soldaten überfüllt. Den vor Odesa stationierte französische Kreuzer „Mirabeau“ ließ infolge eines Manövers der revolutionären Matrosen auf Sand und läßt sich nicht mehr flott machen.

Unter diesen Verhältnissen hat die Entente auf einen Kampf und Widerstand in Odesa verzichtet und es vorgezogen, die Stadt freiwillig zu räumen und ihre vom Bolschewismus verhauchten Truppen zurückzuführen. Dies sollte für die Entente eine ernste Mahnung sein, die auch ihr vom Bolschewismus drohenden Gefahren nicht zu unterschätzen, sondern alles zu tun, um die Welle des Bolschewismus aufzuhalten, wozu in erster Linie eine Stärkung Deutschlands gehören würde.

Aus Sachsen.

Dresden, 26. März. Der Straßenhandel in Dresden nimmt in letzter Zeit von Tag zu Tag einen größeren Umfang an und schädigt in enormer Weise den soliden Kleinhandelsstand. In der Mehrzahl tragen die Straßenhändler schmutzige Uniform, um so das Auge und die Kaufkraft der Passanten zu erwecken. Leider tragen viele dieser Verkäufer zu Unrecht das Ehrenkleid des Soldaten, denn sie sind gar oft, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, niemals Soldat gewesen und haben die Uniform auf unredliche Weise erworben. Die Waren dieser Händler sind zum Teil auch auf unrechtmäßige Art erlangt, nicht einwandfrei, und in vielen Fällen stellen sie direkt eine Täuschung des Publikums dar, wie wir mit nachstehendem Fall beweisen wollen. Ein aus dem Heeresdienst entlassener Vaterlandsverteidiger kaufte sich von einem solchen fliegenden Händler eine Schachtel Schokolade. Als er daheim keine Zeit vier Jahren sorgsam aufbewahrt Schokolade damit einschmerte, sah er zu seinem Erschrecken, daß es nicht Schokolade, welche er gekauft, sondern gewöhnlicher Leer war. Die Schokolade waren selbstverständlich verdorben. Die Probe-Schachtel, welche der Verkäufer den Käufern zeigte, war tabellose Schokolade, während die anderen Schachteln nur Leer enthielten. Wenn die Polizei gegen solche Leute einschreiten will, stellt sich leider das Publikum sehr oft auf die

glauben, er sei ein Mitgiftjäger, er wachte auf diese Weise, Kebab an sich zu bringen. Und dieser Gedanke war ihm, dem Stützen, Aufrechten, demütigend.

Ganz klar überdachte er sich das jetzt nicht. Aber es stog ihm durch den Sinn und bedrückte ihn, so daß er mit finsternen Blicken vor sich hinsah. Er zwang jedoch sofort nieder, was jetzt in ihm wach wurde. Nicht an sich wollte er jetzt denken, sondern nur an Anne-Rose.

Und als erster trat er vor Anne-Rose hin, reichte ihr die Hand und sagte warm:

„Nun sind Sie aller Sorge ledig, Anne-Rose. Darf ich der Erste sein, der Ihnen Glück wünscht zu dieser Erbschaft?“

Sie sah ihn hilflos an und suchte in seinen Augen den Ausdruck, der sie heute Morgen so bis ins Innerste Herz getroffen hatte. Aber den fand sie nicht mehr. Seine Augen blickten wohl ehrlich und warm in die ihren — aber mit einem ganz anderen Ausdruck. Das heiße, drängende Werben war darin erloschen.

„Ach nein, ach nein, das darf ja nicht sein,“ stieß sie hervor. Wie komme ich dazu, so bevorzugt zu werden? Sie hatten ein so viel größeres Recht an diese Erbschaft, Lothar, und Sie sollen leer ausgehen? Nein, nein, das dürfen wir nicht leiden. Papa, lieber Papa, das darf nicht sein, nicht wahr?“

Lothar zog ihre Hand an seine Lippen.

„Ergeben Sie sich in Ihr Schicksal, Herrin von Rezbach,“ sagte er lächelnd. Aber in diesem Lächeln lag zugleich eine leise Resignation. Aber diese Resignation galt nicht dem Umstand, daß er leer ausging, sondern der Gewißheit, daß er jetzt neben Anne-Rose ein armer Schlufter war, der die Hand nicht mehr so frisch und frei nach der Herrin von Rezbach austrecken durfte, als nach der armen Rose von Billach.

Es folgte nun ein großer Tumult. Alles drängte beglückwünschend auf Anne-Rose und ihren Vater ein. Die beiden Stiefschwestern umarmten Anne-Rose weinend und glückselig.

„Wir sind ja so glücklich, liebe Anne-Rose. Sie glauben nicht, wie glücklich wir sind,“ schloß sie Holdchen.

„Denken Sie nur, jede zehntausend Mark, jetzt sind wir so reich, denken Sie doch nur Anne-Rose. Ach, der gute, edle Malte!“ So schloß sie Bindchen.

Diese beiden bescheidenen Seelen gönnten Anne-Rose neidlos den großen Reichtum und kamen sich nicht weniger beneidenswert vor wie Anne-Rose.

Von allen Seiten wurde Anne-Rose beglückwünscht. Nur Oberst von Uchtersch stand mit einem zornroten Gesicht von fern. Und als er sah, daß sich Lothar aus dem Wirren Menschentrüffel zurückzog und mit ernstem Gesicht beiseite stand, glaubte er diesen von ähnlichen Gefühlen befeuert, wie sie seine Brust durchtobten. Er trat an Lothar heran.

„Das lassen wir uns nicht gefallen, wir sechten das Testament an, ich lege sofort Protest ein, das ist ja unredlich, wer sind denn die Billachs, daß sie so bevorzugt werden? Kommen Sie, junger Mann, wir wollen uns sofort an diesen Heimbücker, diesen Doktor Hoffner wenden. Wir protestieren“, stieß er wütend hervor. (Fortsetzung folgt.)

Die Herrin von Rezbach.

Roman von H. Courths-Wahl.

30. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Dann kamen plötzlich die beiden Stiefschwestern, Sabine und Reinholdine von Uchtersch, an die Reihe. Der Erbkassier hatte jede der Schwestern mit zehntausend Mark bedacht.

Da konnte Doktor Hoffner vorläufig nicht weiterlesen. Dort aufzuweinen vor Glückseligkeit sanken sich die beiden alten Schwestern in die Arme und riefen außer sich vor Dankbarkeit und Freude:

„Der gute Malte, der edle gute Malte!“

Unbestimmt um alle die Menschen umher machten sie ihrer Freude Luft. Sie wären sonst daran erstickt.

Lothar neigte sich vor.

„Ein hübscher Anfang, freuen Sie sich, Anne-Rose?“

„Sie wandte sich nach ihm um. Er sah, daß ihre Augen feucht waren vor Rührung. Aufatmend nickte sie ihm zu. „Ich bitte um Ruhe! Zur Sache!“ rief jetzt der Oberst erbot den alten Damen zu.

Die beiden sahen erschrocken los und sanken in ihre Sessel zurück. Aber sie blickten sich frampfhaft bei den Händen und nickten sich wieder und wieder glücklich zu, mußten sich auch immer wieder die Freudentränen austrocknen. Nun konnte Doktor Hoffner weiterlesen. Und jetzt kam endlich auch Oberst von Uchtersch an die Reihe. Als sein Name genannt wurde, setzte er sich mit einem ersten Schauer in Postur, merkte seinen grau melierten Schnurrbart streichend. Aber gleich darauf sank er mit einem halbunbewußten Fluch in seinen Sessel zurück und sein Gesicht nahm eine bedrückende Färbung an. Der Erbkassier hatte in bezug auf ihn folgende Bemerkungen festiert:

„Dem Oberst a. D. Heinrich Gustav von Uchtersch vermache ich meine kleine Briefmarkensammlung zum Andenken und als Entschädigung für das viele Porto, das er nutzlos für Briefe an mich ausgegeben hat. Diese Briefe sind, bis auf die ersten drei, unerschlossen geblieben und liegen in demselben Schrankfach in meiner Bibliothek, in der auch die Briefmarkensammlung untergebracht ist. Sie können auf Wunsch dem Absender wieder zugestellt werden. Die Briefmarkensammlung repräsentiert nur einen Wert von etwa dreitausend Mark, denn ich habe das Sammeln bald wieder aufgegeben. Aber Gustav von Uchtersch ist Junggeheile und hat keine Pension. Außerdem ist er mir von jeher unsympathisch gewesen, weil ich einmal Zeuge war, wie er seine Untergebenen behandelte. Ich sehe mich also nicht veranlaßt, ihm mehr zukommen zu lassen.“

Damit war der Oberst von Uchtersch abgetan. Er sah nur in seinem Grimme wie ein wütender Stier, der jeden Augenblick bereit ist, sich auf ein Opfer seines Zornes zu stürzen.

Und er hatte sich doch so große Hoffnungen auf Rezbach gemacht.

Weiter wurde nun im Testament der Gemeinde Rezbach eine Summe zum Bau eines neuen Schulhauses vermach.

Die Spannung der Zuhörer war jetzt aufs höchste gestiegen, als Doktor Hoffner mit etwas erhobener Stimme fortfuhr:

„Mein übriges Barvermögen im Betrage von dreihunderttausend Mark, sowie meine Besorgung Rezbach mit allen Liegenschaften, mit allem lebenden und toten Inventar vermache ich Frau Marie Hortense von Billach, geborene Freiin von Rezbach. Falls mir diese im Tode vorangeht, tritt ihre Tochter Freiin Maria Anne-Rose von Billach in ihre Rechte als meine Haupterin ein. Ich testiere also, weil Hortense von Billach sich in wirklich liebevoller und uneigennütziger Weise bemüht hat, mich aus meiner Trübsal zu reißen. Wenn es ihr auch nicht gelungen ist, so habe ich doch den guten Willen anerkannt. Außerdem ist mir Hortense von Billach immer sympathisch gewesen.“

Dies Testament ist von mir verfaßt und bei voller geistiger Klarheit und Gesundheit eigenhändig niedergeschrieben worden.

Dann schloß das Testament mit den üblichen Formen und Doktor Hoffner schwieg.

Weder Fritz von Rezbach noch sein Sohn Lothar waren darin erwähnt worden.

Aller Augen wandten sich jetzt auf Anne-Rose von Billach — die neue Herrin von Rezbach.

Diese sah bleich und fassunglos, viel mehr erschrocken als ertraut, in ihrem Sessel und war kaum imstande, sich über das, was geschehen war, klar zu werden.

Auch ihr Vater sah wie gelähmt und vermochte zunächst keine Freude zu empfinden. Dieser überraschende Glückswahl war ihm zu überwältigend. Und sein süßliches Ehrenempfinden sträubte sich direkt dagegen, daß seine Tochter in diesem Testament so bevorzugt wurde. Sein Gerechtigkeitsgefühl sagte ihm, daß Lothar Rezbach als nächster Verwandter des Erblassers an Anne-Roses Stelle sein müßte und daß nur der Groll des verbitterten enttäuschten Malte aus diesem Übergehen des berechtigten Erben sprach.

Lante Jettchen aber nahm diese Eröffnung mit einem Freudentaumel auf. Sprachen konnte sie zunächst auch nicht, aber sie presste Anne-Roses Arm wieder fest an sich.

Und Lothar Rezbach?

Er überraschte und enttäuschte es nicht, daß ihn Malte von Rezbach in seinem Testament völlig totgeschwiegen hatte. Er hatte gewußt, daß dieser seinen Groll mit ins Grab nehmen würde. Lothar konnte das verstehen, es traf ihn vorbereitend.

Und doch verfiel er sich sein Antlitz ein wenig, als er hörte, daß Anne-Rose von Rezbach nun eine reiche Erbin war. Der harte Zug um den Mund schien noch härter zu werden und die tiefstehenden Augen blickten wie im Schmerz auf das blonde, gefaltete Haupt vor ihm. Anne-Rose schenkte ihm mit einermale so fern gerückt zu sein. Es hatte sich plötzlich eine Kluft aufgetan zwischen ihm und ihr. Das war nicht mehr die arme, schlichte Anne-Rose von Billach, der ein Mann wie er ein sicheres, sorgenloses, wenn auch schickliches Los hätte bieten können. Sie war jetzt eine reiche Erbin, die Herrin dieses stolzen Bestes. Wenn er jetzt um sie werden wollte, dann könnte man

Seite der Verkäufer, so daß es den Behörden unmöglich gemacht wird, gegen die Schwärmer einzuschreiten. Obiger Fall möge zur Warnung dienen und auch das Publikum veranlassen, die Polizei in solchen Fällen zu unterstützen.

Pirna, 26. März. Eine Massenversammlung war für gestern vormittag von dem hiesigen abgelehnten A. und S.-Rat nach dem alten Reithausplatz einberufen worden. Es hatten sich mehrere hundert Personen eingefunden. Der kommunistische Führer erhob Einspruch gegen den Einzug der Grenzjägerabteilung und die Übernahme der öffentlichen Gewalt durch Major v. Friesen. Für etwa entstehende Unruhen lehnte er im Namen des bisherigen kommunistischen A. und S.-Rates die Verantwortung ab, sie falle ausschließlich der Regierung zu. Die Versammlung dauerte eine halbe Stunde und löste sich dann ruhig auf.

Sebnitz, 26. März. Verhaftet wurde am Sonntag durch die Dresdner Kriminalpolizei in einem dortigen Rasseehaus der 20jährige Soldat Fischer von der hiesigen Grenzschutzkompanie. Er hatte vor einigen Tagen von einer hiesigen Bank mittels gefälschter Anweisung 6500 M für die Kompagnie erhoben und war am Freitag früh nach Dresden gefahren. Von den erbeuteten 6500 M hatte er in den 2 Tagen bereits 3000 M ausgegeben. Den Rest trug er bei sich. Er befindet sich nunmehr hier in Haft.

Leipzig, 26. März. Ein mißglückter Rechtfertigungsversuch. Während des Generalkriegs war bekanntlich der Leipziger Oberbürgermeister gezwungen worden, dem Arbeiter- und Soldatenrat 400 000 M auszugeben, von denen 100 000 M einem gewissen Heins anvertraut wurden, der damit verschwand. Über den Vorfall gibt der Arbeiter- und Soldatenrat jetzt in der Leipziger Volkszeitung eine Darstellung, wonach Heins mit dem Arbeiter- und Soldatenrat oder der U. S. B. D. nichts zu tun hat. Er habe am 7. März im Auftrage der Streikleitung der Eisenbahner vom Arbeiter- und Soldatenrat 200 000 M übernommen, die zur Auszahlung der rückständigen Löhne der streikenden Eisenbahner dienen sollten. 100 000 M von diesem Gelde lieferte Heins bei der Streikleitung Hauptbahnhof ab, die übrigen 100 000 M sollte er bis zum folgenden Tage aufbewahren, um sie dann den Eisenbahnern in Wahren auszuliefern. Heins war jedoch am folgenden Morgen mit dem Gelde verschwunden und wurde erst nachmittags in einem Cafe festgenommen, wobei man noch 42 000 M bei ihm vorfand. Die Nacht vorher hatte er in Bordellen und Amüsiertneipen zugebracht. Über den Verbleib des Restes des Geldes schweben nach Angabe des Arbeiter- und Soldatenrats noch Recherchen. Die „Dresdn. Volkstg.“ bemerkt hierzu: Mit seinem Rechtfertigungsversuch kann der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er in leichtfertigster Weise einem hergetausenen Großmaul, nur weil es sich recht rabital und revolutionär aufzu-

spielen verstand, eine Riesensumme anvertraut, von der als Folge der sträflichen Vertrauenslosigkeit 68 000 M wohl endgültig futsch sein werden.

Neues aus aller Welt.

— Die neuen militärischen Rangabzeichen. Der Erlass Rostes über die neue Kommandogewalt hat auch neue Rangabzeichen eingeführt, die in Form von blauen Bändern auf dem Arme getragen werden. Sie sehen folgendermaßen aus:

Unteroffizier	Major
Sergeant und Fähnrich	Oberstleutnant
Bizefeldwebel	Oberst
Feldwebel	Generalmajor
Dist.-Stellvertreter	Generalleutnant
Leutnant	General der Inf.
Feldwebel-Leutnant	
Oberleutnant	
Hauptmann	

— Zu einer sinnlosen Plünderung der Ferkelkästen kam es in Senftenberg auf dem Schweinemarkt. Unwillig über die hohen Ferkelpreise tam man auf die eigenartige Idee, den Handelsteilnehmern einfach die Ferkel aus den Kästen zu nehmen und für jedes Stück einen 50.-M.-Schein hinzuworfen. Als die Verkäufer aber hierzu Stellung nehmen wollten, gab ein Arbeiter aus der Grube „Marga“ einen Anreiz mit den Worten: „Nu los, nu nehmen wir alle!“ Dieser Ruf genügte. Einige Händler stief man zu Boden, die Schweinekästen wurden zertreten und die Ferkel herausgenommen und davongeschleppt. Erst der herbeigerufenen Polizei gelang es, die Ordnung wieder herzustellen.

— Nach vierjähriger Gefangenschaft in Rußland ist jetzt ein Soldat nach Jechow bei Allenburg heimgekehrt. Er hatte wiederholt an seine Frau geschrieben, doch nie Antwort auf seine Briefe erhalten, weil diese nicht angekommen waren. Seine Frau hatte angenommen, daß er gefallen sei und hatte sich inzwischen anderweit verheiratet.

— Vergifteter Gänsebraten. Eine drollige Gänsegeschicht besaßte in Stadtilm (Thüringen) die Gemüter. In einer benachbarten Gemeinde waren einem Bauern wiederholt fremde Gänse auf die Wiese gelaufen und hatten diese takt gefressen, so daß er sich entschloß, zu ihrem Schutze Gift auszulegen. Vorher ging er vorsichtshalber zum Orts-

schulzen, ließ sich einen Giftkorn ausfertigen und das von Verhaftungsmahrgen. Der Ortschulze billigte sein Vorgehen durchaus und gab ihm noch den guten Rat, eine Sachfrist an dem Wiefengrundstück des Inhalts anzubringen, daß auf der Wiese Gift gestreut sei. Damit werde der Bauer allen Wetterungen aus dem Wege gehen. Am nächsten Morgen kam wieder eine fremde Gans zu dem Bauern und fiel nach wenigen Minuten prompt um. Ledber war es gerade die Gans des — Ortschulzen, der daraufhin beim Amtsgericht in Rudolstadt eine Schadenersatzklage in Höhe von 200 M einbrachte. Der Ausgang der Sache kann nach Lage der Sache kaum zweifelhaft sein, und so hat der kluge Gemeindevorstand zu dem Schaden auch noch den Spott zu tragen.

— Die Kakaoindustrrie lebt auf. Wie die hamburgische Kakaofachzeitschrift „Cordian“ meldet, rechnet die deutsche Kakaoindustrrie damit, in nächster Zeit ihre Arbeit wieder aufnehmen zu können. Besonders die linksrheinischen Fabriken erwarten noch vor Ostern einige Ladungen Kakaopulver. Auch englisches Kakaopulver wird in Deutschland erwartet. Die englische Regierung hat den englischen Kakaofabrikanten bereits erlaubt, bis zu 300 000 Kilo Kakaopulver im Monat auszuführen. Als Käufer dafür kommen nur die Mittelmächte und Rußland in Betracht. Die deutschen Kakaofabrikanten sollten sich mit Hausfrauenvereinen, mit Säuglingspflegestellen zusammenschließen und den deutschen Regierungsstellen nahelegen, daß die Herbeischaffung von Kakaopulver und Kakaopulver außerordentlich dringlich ist. Da die Milch in Deutschland sehr knapp ist, würde das Kakaopulver, auch wenn der Kakao nur in Wasser gelöst werden könnte, einen vorzüglichen Ersatz für Milch liefern.

Wetterbericht vom 24. März, abends: Die Wetterlage, die eine Änderung zu milder Temperatur zu erfahren schien, lag doch gestern ein Minimum nördlich der Nordsee und ein Maximum im Süden — hat leider wieder eine gänzlich andere Änderung in entgegengesetztem Sinne erfahren, so daß wir erneut mit Winterwetter, und zwar mit ernstlichen Kälte zu rechnen haben. Über NW- und R.-Europa ist ein neues Maximum erschienen und damit zugleich über Skandinavien strenge Kälte eingetreten. (Haparanda meldet 17, Hanfönd 12, Karlsbad 13, Stockholm 14 Gr. Kälte), die sich mit Winden aus N. und NO. demnächst südlich verbreiten wird. Ein Minimum liegt über Frankreich, ein anderes geringes, schmales „Hoch“ über Norddeutschland bis Schlesiens, unter Einfluß dieser Gebiete stehen wir z. H.

27. März (Donnerstag): Zeitweise wolfiges, vorwiegend heiteres und trockenes Wetter. Nacht und früh strenger Frost, auch mittags noch an Kull.

28. März (Freitag): Wechselnd bewölkt, gelindes Frostwetter, zeitweise Schnee.

Bei den Grenzjäger-Abteilungen in Königswartha und Weissenberg.

Magst ruhig sein, lieb Sachsenland,
Treu wachst dein Grenzschutz-Verband.

Unsere engere Heimat, unser liebes Sachsenland, hat zu den schweren Räten, die es gemeinsam mit dem großen deutschen Vaterlande zu tragen hat, noch eine besondere, nicht minder große Not erhalten: die heute noch fast ungeschützten Grenzen bedürfen dringend des nachdrücklichen Schutzes, da Polen und Tschechien in ungezügelter Eroberungslust bedrohen. Schon haben die Polen die deutsche Ostmark besetzt, über dort eine beispiellose Gewalt Herrschaft aus und sind auch bereits in Oberschlesien eingebrochen. Durch ihren Vormarsch sind sie bis wenige Tagemärsche vor Saagens Loren angelangt. Die Tschechen sind uns als unruhige Nachbarn von jeher bekannt, und ihr gewalttätiges Vorgehen gegen unsere deutschen Brüder jenseits der schwarzen Grenzpfähle bildet ein schwarzes Kapitel im Buche der Zeitgeschichte. Neuerdings haben ihre Truppenaufmärsche unmittelbar an der Grenze unseres Heimatlandes nicht bloß ernste Besorgnisse vor einem Übertritt einzelner Truppenverbände in unser Sachsenland entstehen lassen, sondern auch den maßgebenden Stellen die Augen darüber geöffnet, wie ungegüht unsere Grenzen für den Ernstfall überhaupt sind. Die Gegenwart mit ihren tagtäglich überraschenden meist recht unliebsamer Natur, wo freundschaftliche Übereinkommen und dergleichen gemeinhin nichts weiter darstellen als einen wertlosen Fetzen Papier, ist eine ernste Warnung auch für unseren sächsischen Freistaat, seine Grenzen hinreichend zu schützen, um seine friedlichen und geeigneten Gauen nicht eines Tages wehrlos machtungsunigen und raubgierigen feindlichen Elementen preisgeben zu müssen. Die Heimat, das Elternhaus, alles, was uns diese lieb und wert sein lassen, müssen unter allen Umständen geschützt werden, gegen wen es auch sei. Die maßgebenden Stellen, die, wie gesagt, die Notwendigkeit eines starken Grenzschutzes in dankenswerter Weise voll und ganz anerkennen haben, sind seit Wochen bemüht, diesen zu verwirklichen. „Sachsen heraus!“, „Freiwillige vor!“, „Freiwillige für Sachsens Grenzschutz“ und so fort lauten die täglichen Aufforderungen in den Zeitungen, auf Plakaten usw., sich den freiwilligen mobilen Verbänden zur Verfügung zu stellen, die zurzeit unter dem Namen „Grenzjäger-Abteilungen“ in der Bildung begriffen sind.

Bereits ist die Zahl der Freiwilligen, die mithelfen wollen an der Sicherung unserer Heimat, eine recht stattliche, und täglich laufen Neuanmeldungen an befriedigender Anzahl ein. Um den Grenzschutz aber absolut wirksam zu gestalten und auszubauen, dazu bedarf es noch weiterer Mitarbeiter am Werke. Meldungen sind an die Werbestelle der ersten Grenzjägerbrigade in Bautzen (ehem. Husaren-Regiment) schriftlich oder persönlich oder an die Grenzjäger-Abteilung Nr. 1 in Königswartha oder an die Grenzjäger-Abteilung Nr. 2 in Weissenberg einzureichen. Es sind zu diesem Zwecke Formulare auszufüllen, die bei jeder Werbestelle und Gemeindebehörde zu haben sind.

Der gesamte Grenzschutz gliedert sich, wie die „Bautzn. Nachr.“ mitteilen, in einzelne militärische Verbände, die für ihre besonderen Zwecke im Dienst für das Vaterland — Schutz der Grenzen und Sicherung von Ruhe und Ordnung — dort Verwendung finden, wo sie benötigt werden. Diese Verbände, die sich so zusammengefunden haben, sollen dort zusammengeführt werden, daß jedem Einzelnen das Bewußtsein des Eintretens Aller für Einen und des Einen

für Alle gleichsam in Fleisch und Blut übergeht. Dieses Gefühl treuester Kameradschaftlichkeit darf auch dadurch keine Störung erleiden, daß jeder sich freiwillig dem Gehorsam und der Unterordnung unterwirft, da militärische Verbände ohne Disziplin selbstverständlich Dinge der Unmöglichkeit sind. Die Freiwilligen soll durchaus ein Gefühl des Stolzes darüber beherrschen, daß sie freiwillig sich all dem unterwerfen, was militärische Anforderungen und militärische Notwendigkeiten nun einmal beanspruchen. Dafür sorgt das Vaterland auch in ausgiebigster Weise für seine Grenzjäger-Abteilungen. Die militärischen Stellen wissen sehr wohl, daß die Bewohnerschaft unserer engeren Heimat schwer genug belastet ist durch den schrecklichen Krieg mit all seinen Folgen und die Demobilisierung. Sie wissen, daß die für viele Ortschafte unserer Lausitz und Teile des Erzgebirges und Bogtlandes erneut einsehende Belegung mit Grenzjäger-Abteilungen weitere Opfer im Interesse des Vaterlandes erfordert. Und darum wird seitens der militärischen Verbände das Möglichste getan, um diese neuen Lasten weniger drückend erscheinen zu lassen, wie man auch bemüht ist, ein trautes, freundschaftliches Verhältnis mit der Wohnerschaft an sich und zwischen Quartiergebern und Quartiernehmern herzustellen. Wenngleich die übergroße Mehrzahl der Freiwilligen, was diese sicher gern übernehmen werden, in Bürgerquartieren tunsichtlich einzeln untergebracht werden, so wird doch von den Verbänden weitgehendste Vorjorge getroffen, diese Lasten für die Quartiergeber nicht allzu empfindlich zu gestalten. Was nun einen weiteren Anreiz geben soll, Freiwillige für die Grenzjäger-Abteilungen zu werden, das ist die Bestimmung, daß jeder, der die Erfahrung macht, daß ihm die Einrichtung des Grenzschutzes mit seinen Erfordernissen nicht zusagt, seine Meldung wieder rückgängig machen kann. Er verpflichtet sich zunächst auf einen Monat, vom Tage seines Eintreffens beim Truppenteil mit 14tägiger Ründigungsfrist am 1. und 15. d. M. Der Vertrag gilt wieder um einen Monat verlängert, wenn innerhalb jener Frist die Ründigung von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen wird. Sicher wird von diesem Ründigungsrecht wenig Gebrauch gemacht werden, da der Freiwillige schon nach kurzer Zeit finden wird, daß er in jeder Beziehung gut gestellt ist und das Vaterland seine Dienste, die er ihm darbringt, auch entsprechend bewertet und anerkennt. So werden u. a. in Verbindung mit der gesamten Organisation Stellen geschaffen, wo die Mannschaften nach dem Dienste zusammenkommen können, wo Besprechungen über Tagesfragen vorgenommen werden sollen, wo Auskünfte gegeben werden, wo Zeitungen aufsteigen, kurz: wir meinen die Einrichtung von Soldatenheimen. Dringende Urlaube werden selbstverständlich gewährt. Der Satz der Wohnung ist so bemessen, daß jeder Einzelne sich frei fühlen kann von wirtschaftlichen Sorgen, ja die Möglichkeit erhält, auch noch etwas zurücklegen zu können. Er bekommt die mobile Wohnung und eine tägliche Zulose von 5 M bei vollkommen freier und reichlicher Verpflegung und freier Unterbringung, ferner laufen die Familienunterstützungen wie im mobilen Verbände weiter, und dazu kommt der Versorgungsanspruch, da diese Dienstzeit als aktiv gilt, also 1. Versorgung bei Erkrankung, 2. Rentenanspruch bei Unfallsfällen. Den Kapitulanten wird die Dienstzeit in einer Grenzjäger-Abteilung als aktive Dienstzeit angerechnet; ihre Übernahme in diese Abteilungen gilt als Verlängerung der Kapitulation. Der militärische Dienst wird sich, da zu den Verbänden die allergrößte Zahl sicher die kriegserprobten Mannschaften stellen werden, nur auf die notwendigen Übungen beschränken, damit die erforderliche Bedienung aller Waffen in Übung bleibt, und etwaige neue Erfahrungen ausgewertet

werden können. Dabei dürfte die Art des Dienstes ein besonderes Interesse insofern finden, als es jedem einzelnen Mann möglich sein wird, an allen Übungen teilzunehmen und sich an allen Waffentätigkeiten zu betätigen. Recht wichtig erscheint auch der Umstand, daß vorgegeben ist, etwa die Hälfte der Offiziere aus den Freiwilligen zu entnehmen, die hierfür die besonderen Eigenschaften besitzen. Nach dem rein militärischen Dienste sollen in recht dankenswerter Weise auch sportliche Spiele und turnerische Veranstaltungen gepflegt werden, um Sportliebhabern Gelegenheit zu ihrer besonderen Betätigung zu geben und überhaupt dazu beizutragen, daß eine wünschenswerte Ausarbeitung des Körpers eintreten kann. Es wird also niemand zu befürchten brauchen, daß die Dienstzeit in einsamer Gegend abe sei; ganz im Gegenteil wird alles getan und vorgejorgt, um sowohl Körper wie Geist der Mannschaften rege und frisch zu erhalten. Für die Kleidung ist die schmutzige Felduniform gewählt worden mit dem historischen Jagdhorn. Für besonders treues Verhalten wird außerdem als Auszeichnung ein weißes Band, das schräg auf dem linken Arme-Aufschlag getragen wird.

In Königswartha und in den umliegenden Dörfern ist die 1. Abteilung der Grenzjäger in der Bildung begriffen. Die Flügel reichen einerseits bis Deutsch-Bokelitz bei Ramenz und andererseits bis zur Spreewald bei Ritz. Dort schließt sich das Gebiet der 2. Abteilung an, deren Stab in Weissenberg untergebracht ist. In all diesen Dörfern, die weit ab von der großen Heerstraße liegen und früher vom Putschschlag des Vortehrs weniger berührt wurden, herrscht jetzt auffälliges Leben und Treiben. Im allgemeinen ist die Unterbringung der Mannschaften glatt vor sich gegangen; wo sich aber kleinere Differenzen ergaben, da sind sie alsbald durch das sehr entgegenkommende Verhalten der militärischen Stellen wieder behoben und ausgeglichen worden. Mannschaften, die sich zum Eintritt melden, treffen täglich in größerer Zahl ein; auf den Bahnen werden die Verpflegungsvorräte, sonstige Materialien, Waffen, Ausrüstungsstücke usw. herbeigeschafft. Ihre Annahme und Unterbringung in den Lagern erfordert Zeit; demnach bleibt aber noch hinreichend Gelegenheit zu kameradschaftlicher Zusammenkunft, denen, wie schon gesagt, die zu errichtenden Soldatenheime dienen sollen. Auch Wanderkinos sollen kurzweil schaffen. Endlich werden die einzelnen Abteilungen ihre Musikkapellen erhalten. Recht erfreulich ist es, zu beobachten, daß viele Mannschaften in den Wirtschaften ihrer Quartiergeber mitzuwirken, da in der jetzigen Besteltheit Hilfe auf dem Lande fast überall recht notwendig gebraucht wird. Daß dadurch das Verhältnis zwischen Quartiergeber und Quartiernehmer sich noch inniger und freundschaftlicher gestaltet, soll nicht unerwähnt bleiben.

Aus dem vorstehend Besagten ist zu entnehmen, was für Aufgaben die Grenzjäger-Abteilungen zu erfüllen haben, und wie sich ihre Errichtung, Ausbildung usw. im Einzelnen gestaltet. Da diese Truppen sich weniger durch die Quantität, als vielmehr durch die Qualität auszeichnen sollen, so ist von vornherein damit zu rechnen, daß nur allzu einwandfreie junge Männer Aufnahme finden können. Ihre Zahl ist erfreulicherweise in unserer engeren Heimat aber eine so übermäßig große, daß voraussichtlich recht bald der Bedarf für die Abteilungen überhaupt gedeckt ist. Darum sollte sich jeder, der sich zu melden gesonnen ist, recht beeilen. Je schneller unsere Heimat einen starken Grenzschutz besitzt, desto gesicherter können wir uns der Segnungen des bevorstehenden Friedens erfreuen, selbst wenn seine Bedingungen an Härte nichts zu wünschen übrig lassen sollten.